

## 50

**[Außerordentliche]  
Ministerratssitzung****Donnerstag, 9. August 1951**

Beginn: 18 Uhr 45

Ende: 20 Uhr 45

*Anwesend:* Ministerpräsident Dr. Ehard, Stv. Ministerpräsident und Innenminister Dr. Hoegner, Justizminister Dr. Müller, Finanzminister Zietsch, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Arbeitsminister Dr. Oechsle, Staatssekretär Dr. Nerreter (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Oberländer (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Guthsmuths (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Maag (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Krehle (Arbeitsministerium), Landrat Lanzhammer,<sup>1</sup> Parsberg, Landrat Dr. Schedl,<sup>2</sup> Neumarkt/OPf., Landrat Dr. Winkler,<sup>3</sup> Amberg, Abg. Ortloph,<sup>4</sup> Dr. Kurtz<sup>5</sup> (Landesplanung), Oberregierungsrat Dr. Knöringer (Finanzministerium), Regierungsdirektor Müller<sup>6</sup> (Landwirtschaftsministerium), Ministerialrat Dr. Woelfle (Landwirtschaftsministerium – Abt. Forsten).<sup>7</sup>

*Entschuldigt:* Kultusminister Dr. Schwalber, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Staatssekretär Dr. Koch (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Brenner (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Ringelmann (Finanzministerium).

*Tagesordnung:* I. Erweiterung des Truppenübungsplatzes Hohenfels.

*I. Erweiterung des Truppenübungsplatzes Hohenfels<sup>8</sup>*

- 1 Josef *Lanzhammer* (geb. 1921), Verwaltungsbeamter, 1936–1938 Lehrling bei einer Krankenkasse, 1. 8. 1938 bis 31. 12. 1940 Angestellter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Parsberg, 1. 1. 1941 Anwärter für den gehobenen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung bei der Regierung der OPf. und von NB, 9. 3. 1942 Berufung in das Beamtenverhältnis und Regierungsinspektoranwärter, 1943 Prüfung für den gehobenen Dienst der allgemeinen und inneren Verwaltung, 27. 8. 1943 apl. Regierungsinспекtor, bis 31. 8. 1946 (mit Ausnahme einer kurzen Verwendung bei der Regierung der OPf. Ende 1944) Tätigkeit beim Landratsamt Parsberg, 19. 8. 1946 Wahl zum Landrat (CSU) des Landkreises Parsberg durch den Kreisrat, 1948 und 1952 Wiederwahl, 1955/56 vorläufige Dienstenthebung wegen schwebendem Dienststrafverfahren, Ruhestandsversetzung zum 1. 5. 1958, anschließend Studium der Rechtswissenschaften in München.
- 2 Dr. phil. Otto *Schedl* (1912–1995), Journalist und Politiker, 1937–1940 Mitarbeiter des „Regensburger Anzeigers“, 1937 NSDAP-Mitglied, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, CSU-Mitbegründer in Regensburg und NB/OPf., in der CSU u.a. 1947/48 Landesgeschäftsführer, 1955–1972 Mitglied des Landesvorstands, 1955–1972 Vorsitzender des Bezirksverbandes OPf., 1948–1957 Landrat Neumarkt/OPf., 1957–1970 bayer. Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1970–1972 Finanzminister, 1969–1972 Stv. MPr., 1950–1974 MdL (CSU). S. *Lexikon der christlichen Demokratie* S. 355; *Die CSU 1945–1948* Bd. 3 S. 1925.
- 3 Dr. jur. Martin *Winkler* (1885–1959), Jurist, Fabrikant und Gutsbesitzer, 1905–1908 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten München und Erlangen, 1910 Promotion, 1911/12 Studium der Nationalökonomie und der Landwirtschaft an der TH München, 1913 Direktor, später auch Teilhaber der Firma Eduard Kick, Kaolin- und Quarzsandwerke in Schnaittenbach, 1915–1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1911 Vorsitzender des Zentrums in Amberg-Stadt, 1913 auch in Amberg-Land, 1919–1933 Vorsitzender des Bezirkstages und des Bezirksausschusses in Amberg (BVP), 1924–1933 Mitglied des Marktgemeinderates Schnaittenbach (BVP), 26. 6. 1933 im Zuge der bayernweiten Verhaftungsaktion gegen BVP-Funktionäre „Schutzhaft“ und Verzicht auf alle politischen Ämter, 1937–1941 Gutsbesitzer in Leinschlag, 13. 5. 1945 Ernennung zum Landrat des Landkreises Amberg durch die Militärregierung, 4. 6. 1946 Wiederwahl zum Landrat durch den Kreistag, 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung (CSU), 1946–1950 MdL (CSU), Ruhestandsversetzung zum 1. 5. 1958.
- 4 Klement *Ortloph* (1890–1973), Steuer- und Wirtschaftsberater, Politiker, seit 1920 Mitglied der Bezirksbauernkammer Ingolstadt, 1924–1933 Bezirksgeschäftsführer des Bayer. Bauern- und Mittelstandsbundes u. Chefredakteur der „Regensburger Allgemeinen Zeitung“, Mitbegründer der CSU, 1946 Bezirksverbandsvorsitzender der CSU in der OPf., 1946 Mitglied d. Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1946–1958 MdL (CSU), Vorsitzender des landwirtschaftlichen Landesschulbeirats.
- 5 Zur Person s. Nr. 39 TOP I Anm. 7.
- 6 In der Vorlage irrtümlich „Dr. Müller“. Zur Person s. Nr. 39 TOP I Anm. 8.
- 7 In der Vorlage irrtümlich „Wölfle“. – Dr. rer. forest. Max *Woelfle* (1902–1977), Forstwissenschaftler, 1. 6. 1930 Ernennung zum Forstassessor, 1. 8. 1932 Regierungsrat, 1930–1946 wiederholte Dienstbefreiung und Verwendung als Mitarbeiter am Meteorologischen Institut der Forstlichen Forschungsanstalt in München, 20. 2. 1946 Abordnung in die Ministerialforstabteilung in München, laut Bescheid der Spruchkammer München vom 20. 3. 1947 vom BefrG nicht betroffen, 1. 10. 1947 Oberforstmeister in der Ministerialforstabteilung, 1. 8. 1948 Landforstmeister, 13. 4. 1949 Ernennung zum persönlichen Referenten von StM Schlögl, 1. 9. 1949 Oberlandforstmeister, 1. 4. 1950 MinRat, 17. 9. 1954 Ernennung zum Leiter der Ministerialforstabteilung (in Nachfolge des verstorbenen Friedrich Weiß; vgl. zu dessen Person *Rubner*, Forstleute S. 52 f.), 1. 12. 1954 MinDirig, 1. 4. 1956 MD, Ruhestandsversetzung zum 1. 10. 1967. Vgl. *Rubner*, Forstleute S. 54 ff.
- 8 S. im Detail StK 11427, 15116, 15117, 15120, 20199 u. 20200; MELF 3922; StA Amberg Bezirksamt Amberg 16304. Zur späteren Räumung des Truppenübungsplatzgeländes, der Umsiedlung der dortigen Bewohner und deren Entschädigung s. die umfangreichen Materialien in MELF 460 u. 1741–1746; MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 1211, 1218, 1219; MF 79912, 79913 u. 79919; StA Amberg Bezirksamt Amberg 16305. Zur Geschichte des Truppenübungsplatzes Hohenfels aus vornehmlich heimatkundlicher und lokalgeschichtlicher Perspektive vgl. *Renner*, Heimat; *Griesbach*, Truppenübungsplatz; *Morgenroth*, Geschichte; *Burckhardt*, Truppenübungsplätze S. 159–187. Die beiden jüngeren Werke von *Renner*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schildert zunächst eingehend alle Verhandlungen, die wegen der drohenden Beschlagnahme eines Geländes bei Hammelburg geführt worden seien.<sup>9</sup> Die Bayerische Staatsregierung habe alles versucht, die Beschlagnahme von Hammelburg zu verhindern, dabei seien naturgemäß einige andere Projekte genannt worden, und zwar Wildflecken, Bad Orb und Hohenfels. Nachdem noch kürzlich der Herr Bundeskanzler schriftlich erklärt habe, Hammelburg sei kaum zu retten,<sup>10</sup> seien dann Staatsminister *Dr. Hoegner* und er selbst von Landeskommissar *Dr. Shuster* am 28. Juli mit der Mitteilung überrascht worden, daß die Amerikaner zwar auf einem Truppenübungsplatz bestünden, aber auf Hammelburg verzichten würden, wenn Hohenfels mit einer gewissen Erweiterung zur Verfügung gestellt würde; dabei sei gebeten worden, die Angelegenheit zunächst vertraulich zu behandeln. Es sei kein Zweifel daran gelassen worden, daß die Amerikaner auf Hammelburg zurückgreifen würden, wenn hinsichtlich Hohenfels Schwierigkeiten entstehen würden.<sup>11</sup> In Bayreuth habe ihm dann der Hohe Kommissar, *Mr. McCloy*, eine Karte übergeben, in der das von den Amerikanern beanspruchte Gebiet eingezeichnet gewesen sei.<sup>12</sup>

Der Ministerrat habe dann für eine am Dienstag in Amberg stattgefundene Besprechung Gegenvorschläge gemacht, die Vertreter der Regierung hätten aber auftragsgemäß die Entscheidung dem Kabinett vorbehalten.<sup>13</sup>

Man sei sich darüber klar gewesen, daß die Westerweiterung mit dem Umfang, wie sie verlangt werde, zu große Opfer verlange, deshalb habe man zunächst versucht, im Westraum Feuerbereitstellungen vorzuschlagen,

und *Griesbach* stützen sich dabei nicht nur inhaltlich weitgehend auf die 1975 publizierte Schrift von *Morgenroth*, sondern drucken diese in weiten Passagen unverändert ab. Der Truppenübungsplatz Hohenfels war im Jahre 1938 errichtet worden, ab 1939 erfolgte die Belegung mit übenden Truppen der Wehrmacht. Ab 1940 bis zum Kriegsende diente Hohenfels u.a. als Kriegsgefangenenlager, zwischen 1945 und 1949 als Auffang- und Durchgangslager für DPs und Flüchtlinge. Nachdem bereits unmittelbar nach Kriegsende einige frühere Anwohner auf ihre Anwesen zurückgekehrt waren und sich auch Flüchtlingssiedler hier niedergelassen hatten, begann 1948 die systematische Wiederbesiedlung des ehemaligen Truppenübungsplatzes; vor allem Flüchtlingssiedler wurden nun mit Förderung der Bayerischen Landessiedlung und der Bayerischen Bauernsiedlungsgesellschaft neu angesiedelt.

- 9 Vgl. Nr. 31 TOP IV, Nr. 33 TOP IX, Nr. 34 TOP III, Nr. 35 TOP VII, Nr. 36 TOP V, Nr. 38 TOP III, Nr. 39 TOP I, Nr. 40 TOP VI, Nr. 46 TOP VI.
- 10 Schreiben von Bundeskanzler Adenauer an MPr. Ehard, 13. 7. 1951. Adenauer führte darin u.a. aus: „In den letzten Wochen ist im Bundeskanzleramt und von mir persönlich die Frage Hammelburg immer und immer wieder untersucht worden. Wir haben alle Möglichkeiten erwogen, Ihre Wünsche zu erfüllen. Ich fürchte aber, daß trotz besten Willens an Hammelburg nicht vorbeizukommen ist. [...] Bei der Prüfung der verschiedenen in Frage kommenden Objekte ist von Seiten der zuständigen Dienststellen der Bundesregierung in erster Linie davon ausgegangen worden, daß nur ein Gebiet in Frage kommen könne, wo deutsche wirtschaftliche und landwirtschaftliche Interessen am wenigsten Schaden leiden. [...] Ich darf hinzufügen, daß die Bundesregierung bereit ist, die aus der Umsiedlung entstehenden Kosten zu übernehmen. [...] Ich bitte Sie zu berücksichtigen, daß es sich bei allen diesen Fragen um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, daß Bayern nicht allein Opfer bringen muß, daß Bayern auf der anderen Seite sehr gefährdet liegt und daher darauf drängen müßte, daß gerade größere amerikanische Verbände in Bayern stationiert werden. Es ist im deutschen Interesse unbedingt notwendig zu verhüten, daß derartige Plätze etwa in Frankreich angelegt werden, weil dadurch die Verteidigung Deutschlands beeinträchtigt wird. *Mr. McCloy* wird Sie und Herrn *Strauss* empfangen und wird mit Ihnen auch die ganze Angelegenheit besprechen. Ich bitte Sie, versichert zu sein, daß alles geschehen ist, um die bayerischen Interessen zu berücksichtigen.“ (StK 15115).
- 11 Ein Nachweis dieser vertraulichen Mitteilung des Landeskommissars an die Bayerische Staatsregierung in den einschlägigen Akten nicht ermittelt. Offizielle Kenntnis erhielt die Staatsregierung von den geänderten Plänen des US-Streitkräfte wohl durch ein Schreiben der Dienststelle Blank an MPr. Ehard vom 1. 8. 1951, dem beigefügt war eine Übersetzung eines ebenfalls vom 1. 8. 1951 datierten Schreibens von HICOG an Theodor Blank, das u.a. ausführte: „Im Anschluß an eine Reihe von Konferenzen mit *Mr. McCloy*, General *Handy* und Vertretern der Landesregierung von Bayern, einschließlich Ministerpräsident *Ehard*, hat EUCOM der Annahme des Hohenfels-Übungsgeländes, mit der erbetenen Verbreiterung, anstelle des erst vorgeschlagenen Hammelburg-Geländes zugestimmt. Diese Zustimmung basiert auf der Voraussetzung, die von den Vertretern der Bayerischen Landesregierung ausgesprochen wurde, dass bei der Sicherstellung des Hohenfels-Geländes und des zusätzlich erbetenen Geländes keine Schwierigkeiten auftreten werden und dass für den Fall, dass bei der Sicherstellung dieses Geländes zur sofortigen Freigabe an EUCOM Schwierigkeiten auftreten, beide Stellen, EUCOM wie auch HICOG, auf ihre erste Anforderung auf die sofortige Freigabe des Hammelburg-Geländes zur Benutzung durch die US.-Armee zurückkommen werden.“ (StK 15116 u. 15120).
- 12 Dieses Treffen zwischen dem Hohen Kommissar *McCloy* und MPr. *Ehard* fand am Nachmittag oder Abend des 29. 7. 1951 im Rahmen der Eröffnung der Bayreuther Wagnerfestspiele – den ersten nach Kriegsende – statt. S. hierzu *Fischer*, *Diary* S. 247; SZ Nr. 173, 30. 7. 1951, „Die Wagner-Standarte flattert über Bayreuth“. Bei der hier erwähnten Karte handelt es sich möglicherweise um ein im Akt StK 15120 enthaltenes Exemplar. Weitere umfangreiches Kartenmaterial zur Erweiterung des Truppenübungsplatzes Hohenfels – auch späteren Datums – enthalten in StK 15116 u. 15122. Die US-Armee verlangte eine umfangreiche Westerweiterung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Hohenfels, dessen Grenzen ungefähr in Form eines Parallelogramms zwischen den Ortschaften Hohenburg im Nordosten, dann im Uhrzeigersinn zwischen Schmidmühlen, Rohrbach und Großbissendorf verliefen. Die Gebietsforderung der Amerikaner hätte annähernd eine Flächenverdoppelung des ursprünglichen Übungsplatzes bedeutet, die neuen Grenzen wären hier zwischen den Ortschaften Mühlhausen im Nordosten, dann wieder im Uhrzeigersinn zwischen Schmidmühlen, Rohrbach und Velburg verlaufen.
- 13 MPr. *Ehard* nimmt hier Bezug auf eine Besprechung der Bayer. Staatsregierung vom 6. 8. 1951. S. hierzu die Vormerkung von *Dr. Kurtz* (Landesplanungsstelle), vom 8. 8. 1951, betr. Wiederverwendung und Erweiterung des Truppenübungsplatzes Hohenfels (StK 15116): Offensichtlich war die Bayer. Staatsregierung am 6. 8. 1951 zur Beratung zusammengekommen, ohne daß ein Außerordentlicher Ministerrat einberufen worden wäre; auch findet sich in den einschlägigen Akten – außer der hier erwähnten Vormerkung – weder eine entsprechende Einladung noch sonstige Hinweise auf die Teilnehmer dieser Besprechung und deren Verlauf. Anlaß des Treffens war ein für Dienstag, den 7. 8. 1951 von der Dienststelle Blank angesetzter Ortstermin in Hohenfels unter Beteiligung von Referenten der Bayer. Staatsregierung, oberpfälzischen Landräten, Vertretern der Dienststelle Blank sowie der Besatzungsmacht.

was aber von den amerikanischen Offizieren in Amberg sofort abgelehnt worden sei.<sup>14</sup> Daraufhin habe man versucht, eine wesentlich kleinere Abgrenzung im Westen vorzuschlagen, nämlich eine Reduzierung des Gebiets von 188 auf ca. 150 qkm.<sup>15</sup> Die amerikanischen Offiziere hätten sich auch bereiterklärt, diesen Vorschlag bei ihren Vorgesetzten Dienststellen zu befürworten. Die Landesplanung habe ausgerechnet, daß bei der Verringerung des Gebiets im Westen 1244 Personen evakuiert werden müßten, wozu noch ungefähr 310 Menschen kämen, die ihre Existenz verlieren würden.<sup>16</sup>

Ein weiterer Vorschlag sei von der Dienststelle Blank in die Debatte geworfen worden, nämlich die Erweiterung des alten Truppenübungsplatzes Hohenfels nach Norden;<sup>17</sup> die Amerikaner hätten sich darauf aber noch nicht geäußert.<sup>18</sup> Die entsprechenden Zahlen bei dieser Lösung bedeuteten 1420 Evakuierungen und 735 Existenzverluste. Dazu kämen aber noch ungefähr 600 Holz- und Sägewerksarbeiter, die gleichfalls ihre Existenz verlieren würden. Abgesehen davon handle es sich bei der Nordlösung zum größten Teil um äußerst wertvollen Staatswald, der zweifellos geopfert werden müßte.

Es komme nun darauf an, sich darüber klar zu werden, welche Lösung das geringere Übel sei. Der Standpunkt der bayerischen Regierung sei nie der gewesen, daß etwas angeboten werde, es sei aber eine Tatsache, daß die Amerikaner unbedingt einen Übungsplatz verlangten. Die bayerischen Möglichkeiten erschöpfen sich darin, festzustellen, bei welchem Projekt die geringsten Opfer in Kauf genommen werden müßten, nachdem es nicht gelungen sei, die Amerikaner überhaupt von Bayern abzulenken. Er wiederhole nochmals, daß nicht angeboten werde, daß sich die Bayerische Staatsregierung auch nicht einverstanden erklären könne, sondern sich darauf beschränken müsse zu erklären, das oder jenes Projekt bringe die geringsten Nachteile mit sich. Jedenfalls sei das eine klar, daß der betroffene Personenkreis in Hammelburg um ein Vielfaches größer sei wie der von Hohenfels.

*Dr. Kurtz* führt aus, die Enttäuschung am Dienstag sei vor allem die gewesen, daß die Erwartung, die Amerikaner würden sich auf Feuerbereitstellungen einlassen, nicht erfüllt worden sei; diese wollten vielmehr unbedingt einen Platz im Ausmaß von ungefähr 17x9 km.<sup>19</sup> Wenn auf einer Länge von 17 km bestanden werde, so sei es unlogisch, die Breite zu verlängern, deshalb hätten die Amerikaner selbst von vornherein eine Erweiterung nach Westen verlangt. Die Frage, ob eine Erweiterung nach Norden möglich sei, sei von der Dienststelle Blank aufgeworfen worden, er glaube aber nicht, daß hier Aussicht auf Erfolg bestehe. Das Gebiet im Norden habe nämlich eine zu starke Bewaldung, es liege auch näher an der Zonengrenze, wozu noch andere von den Amerikanern nicht mitgeteilte Gründe kämen. Außerdem werde der bisherige Übungsplatz im Norden von dem tief eingeschnittenen Tal der Lauterach begrenzt. Wenn die Vertreter der Dienststelle Blank glaubten, die Norderweiterung sei das geringere Übel, so könne er dieser Auffassung nicht zustimmen, die wohl auf der falschen Voraussetzung beruhe, daß die Ortschaften Adertshausen und Mendorferbuch ausgespart werden könnten.<sup>20</sup> Wenn von bayerischer Seite die Norderweiterung forciert werde, sei zu befürchten, daß

14 S. zu diesen und den folgenden Ausführungen von MPr. Ehard in sachlicher Übereinstimmung und im Detail die Vormerkung von Dr. Kurtz (Landesplanungsstelle), vom 8. 8. 1951 (wie oben Anm. 13).

15 Die hier und folgend von MPr. Ehard dargelegten möglichen Änderungen des Verlaufs der Truppenübungsplatzgrenzen sind detailliert eingezeichnet in einer im Akt StK 15116 enthaltenen Karte des Hohenfelder Gebietes, deren Legende auf die Verhandlungen vom 7. 8. 1951 Bezug nimmt.

16 Zu diesen und den folgenden Angaben zur Anzahl der umzusiedelnden Personen s. die detaillierte, nach den betroffenen Einzelgemeinden des Hohenfelder Gebietes aufgeschlüsselte Statistik, die in der Vormerkung der Landesplanungsstelle vom 8. 8. 1951 (wie Anm. 13) enthalten ist.

17 S. hierzu die Abschrift eines Schreibens der Dienststelle Blank an W. Pierce MacCoy (HICOG), 2. 8. 1951. Diesem Schreiben liegt eine handschriftlich skizzierte Karte bei, auf der die Dienststelle Blank den Vorschlag der sogenannten Norderweiterung markiert hatte (StK 15116).

18 S. hierzu das Kartenmaterial in StK 15116 (wie oben Anm. 12). Die hier angesprochene Erweiterungsoption bedeutete die nördliche Ausdehnung des alten Truppenübungsplatzgeländes um eine ungefähr zwischen den Ortschaften Garsdorf, Rieden, Schmidmühlen und Hohenburg liegende Fläche.

19 Vgl. hierzu Nr. 31 TOP IV Anm. 18.

20 Bezug genommen wird hier und im folgenden – wenn von dem „Gutachten“ des militärischen Sachverständigen der Dienststelle Blank gesprochen wird – stets auf ein Telegramm der Dienststelle Blank an MPr. Ehard vom 9. 8. 1951, das um 13.45 Uhr vom StMI aufgenommen worden war. Hierin führte die Dienststelle Blank als einzigen Vorteil der Westerweiterung „die gewinnung der erforderlichen sicherheitszone“, d.h. den größeren räumlichen Abstand zur Grenze der DDR, an. Die Norderweiterung biete dagegen zu militärischen Übungszwecken bessere Bedingungen, und zusammenfassend stellte das Fernschreiben fest: „bei erweiterung nach norden steht militärischer gewinn mit relativ geringem fort- und landwirtschaftlichem verlust in vertretbarem einklang. bei erweiterung nach westen ist militärischer gewinn unbefriedigend und landwirtschaftliche verluste groesser.“ Die beiden oben erwähnten Ortschaften Adertshausen und Mendorferbuch lagen knapp innerhalb der vorgeschlagenen nördlichen

dann schließlich auch die Gemeinde Hohenburg und damit weitere 1200 Menschen in Mitleidenschaft gezogen würden.<sup>21</sup>

Was die Westerweiterung betreffe, so habe man sich am Dienstag mit den Amerikanern weitgehend auf eine Linie geeinigt, die von Mühlhausen im Norden an Freischweibach – Albertshofen und St. Colomann, Ortschaften, die nicht betroffen werden, nach Süden führe und dann in einem Bogen an St. Wolfgang und Eichensee vorbei nach Osten ziehe, bis sie südlich Schmidheim wieder an die Grenze des alten Übungsplatzes herankommt. Die amerikanischen Offiziere hätten glaubhaft versichert, daß sie diese neue Linie befürworten würden. Es ergebe sich dann eine Länge von ungefähr 18 bis 19 und eine Breite von 7 1/2 bis 9 km.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* befürchtet, daß bei der Nordlösung mehr Personen betroffen würden, wozu noch die Gefahr der Vernichtung des Waldes komme.

*Dr. Kurtz* fährt fort, der militärische Sachverständige der Dienststelle Blank behaupte, daß für die militärischen Zwecke der Amerikaner Schneisen im Wald genügen würden, was aber kaum zutreffend sein könne. Mit großer Wahrscheinlichkeit werde der ganze Wald verloren gehen, so wie es früher in Grafenwöhr<sup>22</sup> geschehen sei. Der Hirschwald sei das einzige große geschlossene Waldgebiet in der ganzen Gegend, seine Zerstörung habe große Auswirkungen auf den Wasserhaushalt des Gebiets, das ja im Jura liege. Seiner Meinung nach sei aber entscheidend der Unterschied zwischen den Evakuierungen in dem einen oder in dem anderen Fall.

Staatsminister *Zietsch* stellt fest, daß die Amerikaner Wildflecken abgelehnt hätten, weil es nicht dieselben Ausmaße und dieselbe Länge wie Hammelburg gehabt habe. Wenn sie nun ein ähnliches Gebiet wie in Hammelburg bei Hohenfels verlangten, glaube er, daß überhaupt nur die Westerweiterung in Frage komme.

*Dr. Kurtz* stimmt zu und weist auf die Widersprüche in dem Gutachten des militärischen Sachverständigen der Dienststelle Blank hin.

Landrat *Lanzhammer* erklärt zunächst, daß in dem alten Übungsplatz eine sehr enge Stelle zwischen Adertshausen und Großbissendorf sei; wenn man diese beachte, zeige sich, daß bei der Norderweiterung die durchschnittliche Breite sehr viel größer sein werde.

*Dr. Kurtz* habe festgestellt, daß die Amerikaner zwar Konzessionen bei der Westerweiterung vorgesehen, aber noch keinerlei bindende Zusagen in dieser Richtung gemacht hätten. Er persönlich sei überzeugt, daß sie an ihrem ursprünglichen Plan festhalten würden, wenn dieser aber verwirklicht werde, so müßten 1660 Personen umgesiedelt werden,<sup>23</sup> während bei der Norderweiterung höchstens 1420 in Frage kämen. Er müsse unbedingt dazu raten, auch von bayerischer Seite aus die Amerikaner auf die nördliche Lösung hinzuweisen. Die Einbeziehung von Hohenburg befürchte er nicht, da auch ohne dieses Gebiet der Platz breit genug sei. Im übrigen sei auch der alte Platz Siedlungsgebiet<sup>24</sup> und man dürfe ihn nicht grundsätzlich anders als die Erweiterungsgebiete betrachten. Es sei ja auch besonders schlimm, wenn Flüchtlinge, die dort angesiedelt seien, jetzt zum zweitenmal umgesiedelt werden müßten. Vor allem sei er aber auch deshalb für die Nordlösung, weil im Westen nur Privatbesitz sei, nämlich gute Bauernwirtschaften und ertragreicher Privat- oder Gemeindewald. Bei der Norderweiterung müsse auch der Staat einen entsprechenden Beitrag leisten, wobei er keineswegs glaube, daß der Wald völlig verschwinden werde; auch im alten Platz sei ja der Wald zu ungefähr 3/4 erhalten geblieben.

Flächenerweiterung, diese Nähe zu den geplanten Truppenübungsplatzgrenzen hatte die Dienststelle Blank wohl zu der Annahme geleitet, diese Orte aus der Erweiterung ausklammern zu können (StK 15116).

21 Bei einer Norderweiterung wäre die Gemeinde Hohenburg, zwar außerhalb des neuen Truppenübungsplatzes an dessen Westgrenze gelegen, von drei Seiten unmittelbar von der Übungsplatzgrenze eingeschlossen gewesen. S. hierzu die Karte in StK 15116 (wie oben Anm. 12)

22 Zur Erweiterung des 1903 als Übungsgelände für das neu aufgestellte 3. Bayerische Armeekorps errichteten Truppenübungsplatzes Grafenwöhr in den Jahren 1948/49 s. *Protokolle Ehard* II Bd. 1 Nr. 27 TOP II, Bd. 2 Nr. 57 TOP VII; allgemein zur Geschichte dieses Truppenübungsplatzes vgl. *Mädl*, Geschichte; *Burckhardt*, Truppenübungsplätze S. 29–128.

23 Bezug genommen wird hier auf die ursprünglichen Gebietsansprüche der Amerikaner; vgl. oben Anm. 12.

24 Vgl. oben Anm. 8.

Staatsminister *Dr. Schlögl* teilt mit, das Landwirtschaftsministerium habe Material zusammengestellt mit dem Ergebnis, daß bei der Westerweiterung 390 Betriebe betroffen würden, die völlig entfernt werden müßten.<sup>25</sup> Wenn der ursprüngliche Plan der Amerikaner verwirklicht werde, so handle es sich um 487 Höfe, wobei dann noch zusätzlich 204 Betriebe betroffen würden. Die Kosten für die Umsiedlung würden ungefähr 30 Millionen DM betragen. Es handle sich dabei im Durchschnitt um Betriebe von ca. 80 Tagwerk, wovon ungefähr 40% Wald sei. Irgendwelches Land, auf dem diese Bauern umgesiedelt werden könnten, habe er nicht mehr zur Verfügung, Grundstücke aus der Bodenreform reichten höchstens noch für ungefähr 70 Bauern. Er könne durchaus verstehen, wenn Herr Landrat Lanzhammer für die Nordlösung eintrete, nachdem der Landkreis Parsberg alleiniger Träger des Verlustes sei, während bei der Nordlösung eine Aufteilung zwischen Parsberg und Amberg erfolge. Anscheinend kenne Herr Dr. Kurtz das Telegramm der Dienststelle Blank nicht, in dem ebenfalls der Nordlösung der Vorzug gegeben werde.<sup>26</sup> Auch er glaube nicht, daß der ganze Hirschwald abgeholzt werden müsse, nachdem der Wald auch in Hohenfels zum großen Teil noch vorhanden sei.

Staatssekretär *Dr. Guthsmuths* weist darauf hin, daß es sich bei dem deutschen Truppenübungsplatz Hohenfels nicht um einen Panzerübungsplatz gehandelt habe.

Staatsminister *Dr. Schlögl* bleibt auf seiner Meinung bestehen und meint, daß für alle militärischen Zwecke große Schneisen in den Hirschwald genügen könnten. Jedenfalls werde bei der Westerweiterung Bauernland geopfert, während die Opfer des Staates sehr gering seien.

Landrat *Lanzhammer* fügt ergänzend hinzu, bei der Westerweiterung handle es sich um ca. 3500 ha Wald, von denen nur 200 ha Staatswald sei.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt fest, daß das Landwirtschaftsministerium lediglich genaue Zahlen über die Westerweiterung besitze, anscheinend aber keine über die Norderweiterung. Er bitte deshalb dringend, auch diese Zahlen festzustellen.

*Dr. Kurtz* berichtet, die Zahl der betroffenen Personen sei so genau als möglich geschätzt worden, es handle sich dabei ausschließlich um landwirtschaftliche Bevölkerung. Er wiederhole nochmals, daß bei der Westerweiterung 1244, bei der Norderweiterung 1420 Personen in Mitleidenschaft gezogen würden, wobei noch in keinem Fall der alte Platz mitgerechnet sei. Die Zahlen, die Herr Staatsminister *Dr. Schlögl* bekanntgegeben habe, ergäben sich daraus, daß die Siedlerstellen auf dem alten Platz mitgezählt worden seien. Bei den Feststellungen habe sich ergeben, daß es sich nur um landwirtschaftliche Betriebe handle und keinerlei Gewerbebetriebe vorhanden seien. Er müsse wiederholt darauf hinweisen, daß das militärische Gutachten voller Widersprüche sei.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* hält es für notwendig, sich darüber klar zu werden, ob die Zahl der zu Evakuierenden im Westen geringer sei als im Norden.

Landrat *Lanzhammer* erwidert, seiner Berechnung nach seien die Opfer im Westen größer, wozu noch komme, daß höchstwahrscheinlich die Amerikaner auf der gesamten ursprünglichen Erweiterung bestehen würden.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, wenn die Amerikaner das ganze Gebiet im Westen verlangten, würden sie ebenso große Forderungen im Norden stellen. Man müsse wohl davon ausgehen, daß die Amerikaner mit einer Größe von ca. 153 qkm einverstanden seien. Er frage nochmals, ob die Zahlen 1244 im Westen und 1420 im Norden zutreffend seien?

Landrat *Lanzhammer* weist darauf hin, daß das im Norden vorgeschlagene Gebiet schon jetzt größer sei als das westliche.

*Dr. Kurtz* bestätigt das, erklärt aber, daß der Platz eben in nördlicher Richtung an der breitesten Stelle erweitert werden müsse.

<sup>25</sup> Diese von StM Schlögl erwähnte Materialsammlung des StMELF nicht ermittelt.

<sup>26</sup> Hier liegt wohl ein Mißverständnis von StM Schlögl vor; bei dem hier erwähnten Telegramm und dem im Ministerrat diskutierten Gutachten des militärischen Sachverständigen der Dienststelle Blank handelt es sich um dasselbe Schriftstück (s. o. Anm. 20).

Staatsminister *Zietsch* glaubt, daß die Gemeinde Hohenburg mit Bestimmtheit in Mitleidenschaft gezogen werde, wenn nach Norden erweitert werde.

Staatssekretär *Dr. Guthsmuths* stimmt zu und betont, daß die Gefahr schon deshalb bestehe, weil hier die engste Stelle des Platzes sei.

Staatsminister *Dr. Müller* führt aus, hinsichtlich Hohenburg teile er diese Befürchtungen nicht. Seiner Meinung nach könne man nicht von der Bevölkerungszahl ausgehen, sondern davon, daß zahlreiche Bauern evakuiert werden müßten, während es sich im Norden doch im wesentlichen um Staatswald handle. Dieser Wald werde zu einem guten Teil bestehen bleiben können, jedenfalls müsse man es auf diesen Versuch ankommen lassen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, er könne bisher noch keine Vorteile für die Nordlösung sehen, man müsse wohl zunächst noch erfahren, wie viele Bauernstellen hier wegfallen würden.

*Dr. Kurtz* meint, die Zahl der Bauernstellen werde sich in der errechneten Personenzahl ausdrücken, weil in beiden Gebieten keine Gewerbebetriebe bestünden.

Landrat *Dr. Schedl* teilt mit, die Größe der Höfe in diesem Gebiet schwanke beachtlich, sie betrage im Landkreis Parsberg ca. 80 Tagwerk, während im Norden nur Kleinbauern seien; es sei deshalb denkbar, daß bei größerer Personenzahl eine geringere Zahl von Vollbauern betroffen werde.

Anschließend versucht Landrat *Dr. Schedl*, die von *Dr. Kurtz* geschilderten Widersprüche im Gutachten des militärischen Sachverständigen aufzuklären. Dieser erkläre, daß das nördliche Gebiet für motorisierte Übungen geeignet sei. Allerdings könne er nicht damit übereinstimmen, daß die Ortschaft Adertshausen ausgespart werden könne, da sich in diesem Fall ein Stelle von nur 5 km Breite ergeben werde.

Landrat *Dr. Winkler* betont, daß er zum erstenmal am vergangenen Dienstag von der Angelegenheit gehört habe. Zunächst müsse er mit allem Nachdruck feststellen, daß der Landkreis Amberg unter dem großen Truppenübungsplatz Grafenwöhr ganz besonders zu leiden habe. Von Amberg bis Grafenwöhr sei eine Entfernung von 22 km, während nun die geplante Norderweiterung des Hohenfeller Platzes bis auf acht km an Amberg herankomme. Schon jetzt sei die Belastung des Landkreises Amberg durch Grafenwöhr fast unerträglich; jede Woche würde wieder etwas anderes von den Amerikanern verlangt. Bisher habe der Landkreis noch niemand um Hilfe angerufen und alle Lasten selbst getragen; mit einem weiteren Übungsplatz in seinem Gebiet könne er sich aber niemals einverstanden erklären.

Was den Vergleich zwischen der West- und der Nordlösung betreffe, so habe man in Amberg die Zahlen so genau als möglich zusammengestellt, sie seien auch von niemandem bezweifelt worden. Fast sämtliche Momente sprächen für die Westlösung, einmal die geringere Personenzahl bei gleicher Art der Höfe, das große Volksvermögen in Gestalt des staatlichen Hirschwaldes, der einen Wert von ca. 35 Millionen DM darstelle. Im übrigen hätten auch die Höfe im Nordgebiet nicht weniger Eigenwald wie im Westen.

Die Erweiterung nach Norden bedeute nicht nur, daß ein völlig abgeschlossener Übungsplatz in die nächste Nähe von Amberg komme, sondern daß er sich auch bis auf zehn km der Luitpoldhütte<sup>27</sup> und anderen größeren Industriebetrieben nähere. Aus seinen Erfahrungen mit Grafenwöhr könne er mitteilen, daß hier auch zunächst der Wald stehen geblieben, im Laufe der Jahre aber dann völlig abgeholzt worden sei.

Von den Bauernhöfen abgesehen, müsse er auch noch auf die Sägewerke verweisen, die stillgelegt werden müßten und deren Arbeitnehmer nicht mehr untergebracht werden könnten. Er bitte dringend, alle diese Gründe zu berücksichtigen und den an sich schon so schwer geprüften Landkreis Amberg nicht weiter zu belasten.

Staatssekretär *Dr. Nerreter* fragt an, was nun eigentlich heute beschlossen werden könne? Nachdem seiner Meinung nach die Entscheidung doch bei den Amerikanern liege, könne man sich darauf verlassen, daß die Amerikaner ähnliche militärische Erwägungen wie die Vertreter der Dienststelle Blank anstellten?

<sup>27</sup> Zur Geschichte dieser 1883 gegründeten Amberger Eisengießerei, die anlässlich der Inbetriebnahme eines zweiten Hochofens am 12. 3. 1911, dem 90. Geburtstag des Prinzregenten, zu dessen Ehren in „Luitpoldhütte“ umbenannt wurde, s. *Die Luitpoldhütte*.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* antwortet, die Amerikaner verlangten eine Äußerung der bayerischen Regierung, welche Lösung diese als das geringste Übel betrachte.

Staatssekretär *Dr. Nerreter* stellt fest, daß das Kabinett über die Wirkungen einer Norderweiterung noch nicht im klaren sei.

Staatsminister *Dr. Schlögl* sichert zu, bis zum nächsten Ministerrat auch insoweit genaue Zahlen mitzuteilen, die gerade zusammengestellt würden. Wenn feststehe, wie sich die Amerikaner entschieden hätten, müsse sofort mit der Siedlung begonnen werden.

Landrat *Dr. Schedl* glaubt, man könne in Kürze feststellen, wie viele Höfe im Norden betroffen würden. Was seinen Landkreis Neumarkt betreffe, so könne er die betreffenden Zahlen bis morgen Abend zur Verfügung stellen.

Staatsminister *Zietsch* meint, man komme um eine Entscheidung nicht herum, er bitte deshalb Herrn Staatssekretär *Dr. Guthsmuths*, die Zahlen bekanntzugeben, die die Landesplanung bisher zusammengestellt habe.

*Dr. Kurtz* führt aus, es habe sich am Dienstag deutlich gezeigt, daß die Amerikaner der Westerweiterung den Vorzug gäben, die Norderweiterung könne nur dann empfohlen werden, wenn tatsächlich große Unterschiede bestünden. Nach seinen Berechnungen bestehe aber kein Unterschied, im Gegenteil sprächen alle Zahlen gegen die Nordlösung. Die schon mitgeteilten Zahlen von 1244 und 1420 seien nicht anzuzweifeln. Er befürchte, daß die Amerikaner auf die ursprüngliche Erweiterung im Westen zurückkommen würden, wenn nicht bald Vorschläge gemacht würden.

Was die Höfe betreffe, so sei deren Zahl im Norden wie im Westen gleich, während eindeutig die Zahl der direkt oder indirekt Betroffenen im Westen erheblich geringer sei. S.E. gäbe es nur eine Entscheidung, nämlich die, den Amerikanern mitzuteilen, daß die Westerweiterung von Hohenfels das geringste Übel sei.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt fest, daß die Meinungen auseinander gingen. Die Situation sei sehr ernst, da sich die Amerikaner selbst entscheiden würden, wenn kein Beschluß seitens der bayerischen Regierung erfolge.

Staatsminister *Dr. Oechsle* macht darauf aufmerksam, daß ihm hohe amerikanische Offiziere gesagt hätten, sie bräuchten einen Übungsplatz mit einer Ost-West-Achse.

*Dr. Kurtz* fährt fort, der Truppenübungsplatz Hohenfels sei im Jahre 1938 geplant worden; schon damals hätte man die Nordlösung wählen können, wenn sie günstiger gewesen wäre. Nach wie vor halte er aber daran fest, daß alle Überlegungen für eine Ost-West-Richtung sprächen.

Landrat *Lanzhammer* legt nochmals dar, daß es notwendig sei, von der ersten Karte der Amerikaner auszugehen, die eine Umsiedlung von 1660 Menschen fordere. Die vorgeschlagene Nordlösung umfasse ein ebenso großes Gebiet wie die ursprünglich in der amerikanischen Karte eingetragene Westerweiterung, das bedeute, daß man nicht von den Zahlen 1240 und 1420, sondern von 1660 bzw. 1420 ausgehen müsse. Im übrigen sei ja schon erklärt worden, daß von der Bevölkerung im Nordgebiet 600 Menschen keine Bauern, sondern Holz- und Sägewerksarbeiter seien.

*Dr. Kurtz* entgegnet, das sei nicht richtig, die 600 Holzarbeiter kämen noch zusätzlich hinzu.

Landrat *Lanzhammer* widerspricht und erklärt, daß im Norden ja mehr Leute wohnten, die nicht an den Boden gebunden seien. Im Westen sei fast ausschließlich Privatwald, während der Norden aus Staatswald bestehe.

Staatsminister *Zietsch* weist darauf hin, daß die Amerikaner mit einer Karte über die Westerweiterung gekommen seien, woraus zu entnehmen sei, daß sie davon ausgehen wollten; wenn man insoweit Einsparungen durchsetzen könne, so sei damit schon viel gewonnen.

Landrat *Lanzhammer* entgegnet, die Amerikaner seien nicht mit einer festgelegten Marschroute gekommen, sondern hätten festgestellt, Vorschläge für die Nordlösung würden allenfalls geprüft werden. Es sei sicher jetzt

richtiger, sich von vornherein festzulegen. Die gesamte Bevölkerung seines Landkreises sei der Auffassung, daß die Nordlösung, bei der sich auch der Staat beteilige, das geringere Übel sei.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt fest, daß man heute nicht weiter komme und zunächst die Zahlen, die das Landwirtschaftsministerium für den Norden feststellen werde, abwarten müsse. Er werde veranlassen, daß das Bundeskanzleramt und die Dienststelle Blank morgen angerufen werde, daß die Antwort der bayerischen Regierung bis Montag Abend erfolgen werde.

Staatsminister *Dr. Schlögl* teilt mit, daß bis Samstag Abend alle erforderlichen Unterlagen den Herrn Kabinettsmitgliedern zugehen würden.<sup>28</sup> Ein Vertreter seines Ministeriums werde gleich morgen früh nach Parsberg und Amberg fahren.

*Dr. Kurtz* fügt hinzu, die Landesplanungsstelle werde veranlassen, daß der Bezirksvertreter von Regensburg an der Besichtigungsfahrt teilnehme.

Es wird vereinbart, daß die Sachverständigen am Freitag, den 10. August 1951 um 11 Uhr in Parsberg und dann am Samstag früh in Amberg Zusammentreffen würden. Außerdem wird beschlossen, am Montag, den 13. August 1951, 10 Uhr, eine außerordentliche Kabinettsitzung einzuberufen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, es sei außerordentlich schwierig, mit den Amerikanern zurecht zu kommen und ihnen darzulegen, wo die geringsten Nachteile bestünden. Die bayer. Regierung werde außerordentlich von Herrn Landeskommissar Professor Shuster unterstützt, ebenso vom Hohen Kommissar, Mr. McCloy, beide wiesen aber immer auf die Empfindlichkeit der militärischen Dienststellen hin. Mit allem Nachdruck betone er, daß niemals leichtfertig ein Stück Land freigegeben werde, man müsse auch Verständnis für die Schwere der Entscheidung haben, die das Kabinett zu treffen habe. Heute noch stehe nicht endgültig fest, ob die Amerikaner nicht doch noch auf Hammelburg zurückgreifen wollen. Selbstverständlich werde die Entscheidung nie lauten, daß die bayerische Regierung etwas anbiete, sondern nur besagen, daß freiwillig nichts geopfert, sondern nur gebeten werde, im Falle einer zwangsweisen Beschlagnahme das Gebiet zu nehmen, das relativ am erträglichsten sei.<sup>29</sup>

Der Bayerische Ministerpräsident  
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des  
Ministerrats  
Im Auftrag  
gez.: Levin Frhr. von Gumpenberg  
Ministerialrat

Der Leiter der  
Bayerischen Staatskanzlei  
In Vertretung  
gez.: Dr. Fritz Baer  
Ministerialrat

<sup>28</sup> Ein entsprechendes Gutachten wurde den Kabinettsmitgliedern am Sonntag, den 12. 8. 1951, zugeleitet. S. das Schreiben von StM Schlögl an die Staatsminister und Staatssekretäre, 12. 8. 1951 (StK 15116). Das zweiseitige Gutachten des StMELF vom 12. 8. 1951 samt einer dreiseitigen Anlage mit statistischen Angaben zu den jeweils zu evakuierenden Betrieben und Personen im Falle einer Nordausdehnung, der ursprünglich geplanten Westerweiterung oder einer reduzierten Westerweiterung des Truppenübungsplatzes Hohenfels findet sich als Durchschlag in MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 1211.

<sup>29</sup> Zum Fortgang s. Nr. 51 TOP II, Nr. 53 TOP V, Nr. 54 TOP IX, Nr. 57 TOP VIII, Nr. 58 TOP III, Nr. 63 TOP XIII.